

Stadt Bürstadt



Beschlussvorlage vom/der Hauptamt	Vorlage-Nr: XIX/HA/0208 Status: öffentlich AZ: Datum: 04.03.2022 Verfasser: Spreng, Timo				
Maßnahmen zur Vermeidung des Parkens auf Gehwegen (Antrag der GRÜNE-Fraktion)					
Beratungsfolge: <table><thead><tr><th><i>Datum</i></th><th><i>Gremium</i></th></tr></thead><tbody><tr><td>09.03.2022</td><td>Stadtverordnetenversammlung</td></tr></tbody></table>		<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	09.03.2022	Stadtverordnetenversammlung
<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>				
09.03.2022	Stadtverordnetenversammlung				

Sachverhalt:

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, welcher als Anlage beigefügt ist.

Den Mandatsträgern mit der Bitte um entsprechende Beachtung

Beschlussvorschlag:

Die Ortspolizeibehörde der Stadt Bürstadt wird aufgefordert umgehend Maßnahmen zur Vermeidung des Parkens auf Gehwegen (aufgesetzt auf dem Gehweg parkende Kraftfahrzeuge) einzuleiten.

Timo Spreng
(Parl.-Büro)

Anlage/n:

- Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nibelungenstraße 49, 68642 Bürstadt

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Herrn Franz Siegl
Rathausstr. 2
68642 Bürstadt

Uwe Koch
Fraktionsvorsitzender

Nibelungenstr. 49
Tel.: 017673220120
uwe.valentin.koch@gmail.com

Bürstadt, den 23.02.2022

Antrag: Maßnahmen zur Vermeidung des Parkens auf Gehwegen

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Siegl,

in der Stadtverordnetenversammlung vom 15.11.2011 wurde beschlossen, Maßnahmen zur Beseitigung des Parkens auf Gehwegen zu ergreifen.

Fortschritte seit 2019 kaum erkennbar.

Aus einer Anfrage vom 16.12.2018 ist abzuleiten, dass seit 2011 in 6 von 113 Straßen Maßnahmen zur Umsetzung des Beschlusses erfolgt sind.

Wir möchten auf ein nun veröffentlichtes Urteil des Verwaltungsgerichtes Bremen vom 11.11.2021 (5 K 1968/19) hinweisen. Demnach ist es für Privatpersonen möglich ggf. ein Handeln der Verkehrsbehörde einzuklagen.

In der Folge wären hier die Anwohner von 107 Straßen in Bürstadt klageberechtigt.

Insoweit halten wir es für dringend erforderlich die Ortspolizeibehörde der Stadt Bürstadt aufzufordern, Maßnahmen zur Vermeidung des Parkens auf Gehwegen umgehend in die Wege zu leiten.

Beschlussvorschlag:

Die Ortspolizeibehörde der Stadt Bürstadt wird aufgefordert umgehend Maßnahmen zur Vermeidung des Parkens auf Gehwegen (aufgesetzt auf dem Gehweg parkende Kraftfahrzeuge) einzuleiten.

Voraussichtliche Kosten: Über das ordnungsgemäße Verwaltungshandeln keine.

Mit freundlichen Grüßen

Uwe Koch
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bürstadt

www.gruene-buerstadt.de